



Interviews

22.11.2023

Sarah Zerback im Gespräch mit Reinhard Houben, wirtschaftspolitischer Sprecher FDP-Bundestagsfraktion

Zerback: Der 60 Milliarden schwere Klimatransformationsfonds gesperrt, weite Teile des Bundeshaushalts gesperrt. Gestern hat der Bundesfinanzminister jetzt die nächste Notbremse gezogen und auch noch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds gesperrt. Das ist der Fonds, mit dem die Energiekrise abgefedert werden sollte. Seitdem der Nachtragshaushalt 2021 vor einer Woche für verfassungswidrig erklärt wurde, da versuchen Experten und Politik, sich einen Überblick zu verschaffen, was aus dem Urteil jetzt folgen muss für den aktuellen Haushalt und finanz- und wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzungen für die Zukunft. Reinhard Houben ist jetzt am Telefon, der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag, schönen guten Morgen, Herr Houben.

Houben: Frau Zerback, guten Morgen.

Zerback: Wir haben ihn gerade noch mal gehört, den Bundesfinanzminister, der noch vor einer Woche gesagt hat, dass die Beratungen über den Bundeshaushalt jetzt von dem Urteil nicht betroffen sein werden. Wie konnte er so danebenliegen?

Houben: Ja, das Problem ist, dass erst peu à peu allen klar wird, welche Ergebnisse das Karlsruher Gerichtsurteil nicht nur für die Haushalte des Bundes, sondern auch der Länder, gegebenenfalls sogar der Kommunen haben wird. Das Thema ist, dass, wie ja auch gestern bei der Anhörung der Fachleute, noch gar nicht klar ist, welche Ausweitungen wir tatsächlich in den Haushalten haben werden. Ein Beispiel: Wir haben einen Sonderhaushalt ja damals für das Hochwasser an Ahr und Erft gebildet. Wenn wir das richtig lesen, das Urteil, wäre auch dieser Sonderhaushalt, so, wie er damals gestaltet wurde, nicht verfassungsgemäß. Also, die Aufgabe ist einfach schwierig und deswegen ist es meiner Meinung nach vollkommen richtig, dass Christian Lindner jetzt die Notbremse zieht.

Zerback: Trotzdem kann man sich ja fragen, warum man sich da auf mögliche Szenarien nicht vorbereitet hat. Das Urteil kam ja zumindest mit Ansage, wenn auch vorher natürlich nicht klar sein konnte, wie genau es ausfällt. Ist Ihnen denn inzwischen klar und können Sie abschätzen, wie schlimm es wird für den Haushalt und für alles, was Sie als Bundesregierung sich finanzpolitisch, wirtschaftspolitisch vorgenommen haben?

Houben: Nein, leider nicht. Wenn wir es wüssten, würden wir es ja der Öffentlichkeit bekanntgeben. Es ist ja nicht so, dass wir ein geheimes Wissen haben und es der Öffentlichkeit vorenthalten. Es ist wirklich eine schwierige Aufgabe. Das Urteil muss genau studiert werden. Und Sie sehen ja zum Beispiel auch an der Reaktion des Landes Schleswig-Holstein, schwarz-grün-regiert, die jetzt auch große Probleme haben, weil sie neben anderen Bundesländern auch mit Sonderhaushalten gearbeitet haben. Das Urteil ist eine Zeitenwende in der Haushalts- und Finanzpolitik.

Zerback: Könnte das dann auch bedeuten, um da noch mal auf diese aktuelle Wende auch zu schauen, dass die Energiepreise da nicht nur nicht erneut gebremst werden, egal, ob sie in diesem Winter erneut anziehen oder nicht, sondern dass da auch bereits gewährte Hilfen wieder zur Disposition stehen? Muss man sich da als deutsche Bürger, Unternehmen Sorgen machen?

Houben: Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass wir eine Lösung suchen werden, wo schon ausgezahlte Unterstützungsleistungen zurückgeholt werden. Das kann nicht der Weg sein. Aber natürlich müssen wir jetzt unseren Haushalt durchpflügen. Wo haben wir zum Beispiel Haushaltsausgabereste? Kann man die vielleicht einsetzen? Das ist für den laufenden Haushalt dann ein knapp zweistelliger Milliardenbetrag. Und dann geht es eben wirklich darum, Prioritäten zu setzen und vielleicht auch manche beliebten Dinge, die jeder natürlich hat, infrage zu stellen.

Zerback: Aber Reste und zweistellige Milliardenbeträge, das klingt jetzt nicht so, als würde das reichen, Herr Houben, auch, wenn Sie sagen, die Dimension ist noch nicht klar. Aber da kommt man vielleicht nicht weit. Ist da nicht jetzt langsam der Punkt erreicht, an dem auch Sie als FDP sagen müssen, da kommen wir jetzt an einem erneuten Aussetzen der Schuldenbremse gar nicht mehr vorbei?

Houben: Ja, wie gesagt, das ist ja eine Debatte, die im Moment geführt wird, ob man nicht rein technisch zumindest für das Haushaltsjahr 2023 die Schuldenbremse aussetzen muss.

Zerback: Ja oder nein?

Houben: Nein, nicht ja oder nein. Da fragen Sie besser unseren Haushaltspolitiker Otto Fricke. Der kann das besser beurteilen als ich. Aber, wie gesagt, alles muss auf den Prüfstand. Und wir brauchen auch einfach – ich wiederhole mich – die Zeit, dieses Urteil richtig zu bewerten.

Zerback: Und wenn Sie Zeit brauchen, heißt das, den Haushalt können Sie dann jetzt morgen auch nicht beschließen als Bundesregierung?

Houben: Ja, da gibt es ja interessanterweise nach der Anhörung gestern auch unterschiedliche Meinungen, die da sagen, es geht oder es geht nicht. Ich gehe davon aus, dass das heute noch mal intensiv beraten wird. Und, wie gesagt, das können die Haushaltspolitiker besser beantworten als der wirtschaftspolitische Sprecher.

Zerback: Die fragen wir dann beim nächsten Mal natürlich noch mal an. Jetzt sind wir froh, dass wir mit Ihnen verabredet sind, Herr Houben. Aber die Frage ist doch ... lassen Sie uns doch gerne noch mal bei der Schuldenbremse bleiben. Sie sagen, die Debatte wird geführt. Aber da interessiert mich natürlich Ihre Einschätzung. Zeigt da nicht die aktuelle Krisenzeit, dass eben dieses Instrument nicht richtig ist, dass das ein politisches ist, was an der Stelle aber nicht dafür sorgt, dass Deutschland flexibel genug auf die wirtschaftspolitischen Herausforderungen dieser Zeit reagieren kann?

Houben: Also, es waren sich bisher alle einig, dass die Rahmenbedingungen für eine Schuldenbremse aus der aktuellen Situation heraus nicht haltbar sind. Also, wir haben einen gewissen Rückgang der Wirtschaft, aber das ist nach Artikel 115 sicherlich nicht eine Notlage, wo man auf die Schuldenbremse zurückgreifen könnte. Die Notlage entsteht jetzt durch das Verfassungsgerichtsurteil, weil eben geübte Praxis nicht mehr akzeptiert wird.

Zerback: Gut, dafür hat das Bundesverfassungsgericht ja ein Hintertürchen gelassen. Aber die Grundsatzfrage bleibt ja, dass natürlich eine höhere Schuldenlast künftige Generationen belastet, aber doch deutlich weniger, als wenn die Wirtschaft dann nicht mehr konkurrenzfähig ist. Und danach sieht es doch jetzt aus.

Houben: Also, erlauben Sie mir in dem Zusammenhang eine Bemerkung. Ich glaube nicht, dass wir die Probleme der Zukunft dadurch lösen, dass wir mehr Schulden machen und weniger arbeiten, sondern vielleicht wäre es ja umgekehrt besser, wir würden weniger Schulden machen und mehr arbeiten. Ich glaube, so kommt man eher aus einer Krise raus. Also, manche Debatten sind vielleicht auch aktuell nicht angemessen. Klar, wir haben Probleme, aber die werden wir nur dadurch lösen, dass wir entweder einen schuldengerechten Haushalt nach den bestehenden Regeln aufstellen. Und ansonsten müssen wir meiner Meinung nach in Deutschland eine Debatte darüber führen, wie wir durch – ich nenne das jetzt – größeren Fleiß wieder Spielräume erlangen.

Zerback: Ob das das Problem ist, das können wir vielleicht an anderer Stelle besprechen. Aber vielleicht kann man ja auch das eine tun, ohne das andere zu lassen. Der Bundesfinanzminister sagt jetzt, wir müssen mit weniger Geld wirksame Politik machen. Mit Verlaub, das klingt doch ein bisschen wie die Quadratur des Kreises, oder?

Houben: Na ja, es gibt eine ganze Menge Politik, Frau Zerback, die nichts kostet. Und um diese Fragen sollten wir uns ja vielleicht auch mal verstärkt kümmern. Also, wir haben das Thema Bürokratieabbau. Wenn Sie mit der Wirtschaft aktuell sprechen, sagt die Wirtschaft, das ist eigentlich unser größtes Problem. Dann sollten wir vorantreiben: Handelsverträge. Das sage ich als wirtschaftspolitischer Sprecher, um der deutschen Wirtschaft mehr Möglichkeiten zu geben zu exportieren, damit wir eben wieder ein Wirtschaftswachstum bekommen. Und darüber hinaus kann ich als überzeugter Europäer nur sagen, wir sprechen immer vom Binnenmarkt. Der Binnenmarkt ist aber leider doch noch ein Markt hauptsächlich in vielen Fragen von 27 Einzelstaaten. Das sind alles Dinge, die nichts kosten und der Wirtschaft helfen würden, erfolgreicher zu sein. Und das würde dann am Ende natürlich auch der Staat und die Finanzminister in Bund und Ländern dann bemerken.

Zerback: Aber Herr Houben, wir reden ja jetzt von Milliarden und nicht von Kleckerbeträgen. Und ob jetzt die Bürokratie ...

Houben: Ja, ich spreche auch von Milliarden.

Zerback: Ja, ob das wirklich das größte Problem ist, da gibt es ja andere Stimmen, die sehen das anders, also, dass Bürokratie nicht unbedingt das größte Problem ist. Wir haben ja noch ein paar andere Probleme, zum Beispiel ja auch die ökologische Transformation. Und da sind Investitionen nötig, die jetzt dann eben gerade zur Disposition stehen. Das sind doch Fragen, die kriegen wir jetzt nicht mit sparen hier und da ... Kindergrundsicherung, wie es ja auch ein Vorschlag aus Ihrer Partei ist, macht gerade mal 2,4 Milliarden Euro aus. Also, noch mal die Frage: Dieses Sparen und Kürzen und dann wieder noch bei Sozialprojekten, ist das wirklich der richtige Weg, mit dem man dieses Problem in dieser Dimension jetzt in den Griff bekommt?

Houben: Ja, Frau Zerback, diese Argumentationen erinnern mich immer daran, wenn jemand zum Arzt kommt und der Arzt sagt, hören Sie doch mit dem Rauchen auf und der sagt, am ersten Tag habe ich noch nichts gemerkt, das bringt doch nichts. Also, Wunder der Addition. Natürlich müssen wir Einzelmaßnahmen prüfen und das Geld, ich nenne das mal, zusammenkratzen. Wir reden natürlich auch für den Haushalt nicht von 60 Milliarden, sondern nur von etwa 20 Milliarden. Bei einem Gesamthaushalt von ungefähr 450 Milliarden Euro bin ich der Meinung, dass man durchaus Möglichkeiten finden könnte, einen größeren Teilbetrag aus dem vorhandenen Haushalt des Bundes herausziehen zu können. Und dann gibt es eben auch noch, ja, andere Möglichkeiten. Wie gesagt, ich habe von den Haushaltsausgaberesten gesprochen. Man kann schauen, ob man bestimmte Dinge streckt. Sind manche Investitionsperspektiven einfach zeitlich auch realistisch? Oder braucht man sowieso viel länger?

Zerback: Man kann Steuern erhöhen, Besserverdienende zum Beispiel besteuern.

Houben: Ja, Frau Zerback, das kann man natürlich machen. Es stellt sich nur die Frage im internationalen Vergleich. Dann wird Deutschland gerade für die, die besonders erfolgreich sind, noch unattraktiver. Und wir bekommen das Problem, dass sie dann vielleicht sagen, na, in anderen Ländern ist es auch ganz hübsch. Ich meine, wenn wir im internationalen Vergleich bei den Steuern irgendwo im Mittelfeld stehen würden, dann könnte man ja leichter darüber debattieren. Aber das ist ja nun eindeutig nicht der Fall.

Zerback: Sagt Reinhard Houben, der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Bundestag. Herr Houben, vielen Dank für das Interview heute Morgen.

Houben: Frau Zerback, vielen Dank.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.